

lichkeiten ist, kann durch die Fallstudie nicht geklärt werden, ist aber ein hochrelevantes Thema für weitere Forschungen.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Erfahrung von Dissens im persönlichen Kommunikationsnetzwerk mit der Nähe zum eigentlichen Abstimmungsereignis zunimmt. Immerhin 14 Prozent der Stimmberechtigten berichten im März 2003, dass sie in der Gesprächsöffentlichkeit überwiegend mit Menschen konfrontiert waren, die ihre Meinung nicht teilten. Vierzehn Monate vorher waren das noch acht Prozent. Die Zahlen spiegeln die kommunikative Zuspitzung der Kontroverse unmittelbar vor der Abstimmung wider, die auch innerhalb der Gesprächsöffentlichkeit deutliche Spuren hinterlassen hat. Davon waren im übrigen die Vertreter des Contra-Lagers in überproportionalem Masse betroffen. Über 18 Prozent der Stimmbürger, die sich bei der Abstimmung gegen die Verfassungsrevision wandten, bewegten sich in den letzten Wochen der Kampagne gewissermassen in «feindlichen» Kommunikationsnetzwerken. Mehr als 40 Prozent der Befürworter sprachen demgegenüber im gleichen Zeitraum ausschliesslich oder fast ausschliesslich mit solchen Mitbürgern, die in der Verfassungsfrage die gleiche Meinung wie sie selbst vertraten. Die Ja-Sager zogen sich also nicht nur generell aus der Gesprächsöffentlichkeit zurück, sie waren insbesondere auch viel weniger als die Nein-Sager geneigt, sich auf kontroverse Streitgespräche einzulassen. Dies kann nicht nur auf die realen Mehrheitsverhältnisse zurückgeführt werden. Rein rechnerisch befand sich auch in der Schlussphase des Abstimmungskampfes unter drei Anwesenden immer noch mindestens ein potentieller Kontrahent. Der Befund passt insoweit auffallend zu der Entwicklung der Versammlungsöffentlichkeit. Nicht nur auf dem Veranstaltungspodium, sondern auch im Alltagsgespräch vermieden die Befürworter das Streitgespräch mit Oppositionellen.

Damit ist die Frage nach den Meinungsführern im Abstimmungskampf aufgeworfen. Alle Angaben hierzu beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten. Reine Meinungsführer und notorische Meinungsempfänger sind danach auch in Liechtenstein selten. Immerhin gaben knapp zehn Prozent der Befragten in der Nachwahlauffrage an, in ihren Gesprächskontakten überwiegend überzeugen zu wollen. Erstaunlicher ist die hohe Zahl derer, die «überwiegend zuhören». Diese Gruppe macht knapp ein Viertel der Stimmberechtigten aus. Zieht man die acht Prozent Inaktiven, die sich überhaupt nicht an politischen Gesprächen beteiligen, ab, so bleiben knapp 60 Prozent sogenannter Aus-